



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

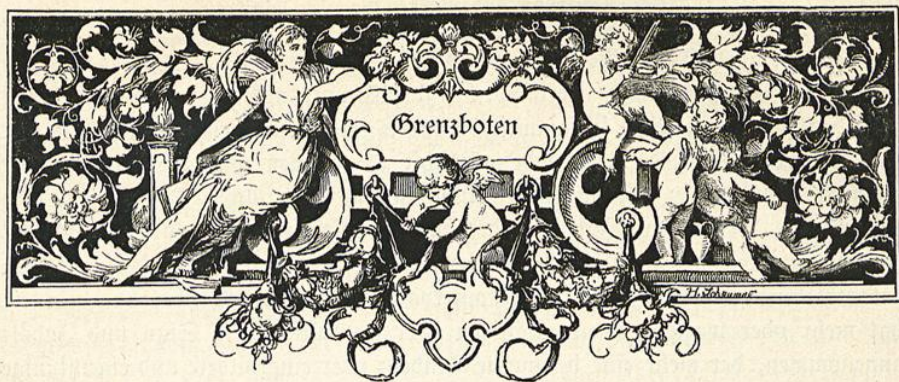
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hermann, Konrad: Das Kaisertum und unsre nationale Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Kaisertum und unsere nationale Politik.

Von Konrad Hermann.



uf eine Zeit des Parteikampfes und der mehr oder weniger wüsten und ziellosen Anarchie ist in der Regel eine solche des Absolutismus oder der uneingeschränkten Herrschaft irgend eines Einzelnen gefolgt. Cäsar und Cromwell, der erste und der dritte Napoleon in unserer Zeit sind derartige Beispiele aus der Geschichte. Auch unter uns giebt es jetzt wenigstens eine Anarchie der politischen Meinungen, wenn auch sonst thatsächlich Recht, Ordnung und Frieden herrscht. Diese Anarchie der Meinungen zeigt sich darin, daß keine unserer gegenwärtigen politischen Parteien wirklich regierungsfähig ist oder ein irgendwie ausführbares und praktisch mögliches Programm besitzt. Würde z. B. Herr Windthorst oder Herr Bebel oder auch irgend ein Häuptling der mittleren Parteien zum allmächtigen Minister berufen werden, so würde sich sofort das durchaus Udenkbare und Unhaltbare eines derartigen Regierungsstandpunktes herausstellen. Man darf aber fragen: Was sind das für Staatsmänner, von denen jeder in einem abstrakten und unmöglichen Ideale lebt und sich nicht um die realen Bedingungen und die praktische Möglichkeit seiner Erreichung bekümmert? Es wird im öffentlichen Leben stets Parteien geben müssen; aber eine wahre politische Partei kann immer nur diejenige sein, welche unter gegebenen Umständen auch regierungsfähig ist, d. h. welche ihr Ziel oder Programm auch den ganzen realen Verhältnissen des Staatslebens anzupassen und es aus diesen heraus seiner Verwirklichung zuzuführen versteht. Unsere Parteien aber sind durchaus nur Gruppen einseitiger Doktrinäre, von denen jede wesentlich bloß von der Bekämpfung der andern lebt und von denen

Grenzboten I. 1882.

40

keine einen wahrhaft fruchtbringenden und lebenskräftigen Gedanken für die Weiterführung des Staatswohles überhaupt besitzt. Es wird mehr oder weniger überall zwei Hauptparteien oder Gesamtströmungen im öffentlichen Leben geben, die eine, welche das gerade Bestehende möglichst zu erhalten, und die andre, welche es nach irgend einer bestimmten Richtung hin weiterzuführen oder fortzubilden bestrebt ist. Der nähere Inhalt und Charakter dieser Parteien aber ist überall ein sehr verschiedner nach Maßgabe der besondern Verhältnisse jedes einzelnen Staatslebens selbst. Was wir jetzt konservativ, fortschrittlich, liberal zc. nennen, hat mehr oder weniger einen zufälligen oder konventionellen Sinn und Inhalt angenommen, der mehr eine bestimmte Tendenz oder eingebilddete und eigensinnige Velleität als ein wahrhaft mögliches und erreichbares Ziel des politischen Strebens bezeichnet. Wir nennen diesen ganzen Zustand eine Anarchie, weil, wenn nicht noch etwas andres außer den Parteien da wäre, wir nach dem Hindurchgange durch irgend ein politisches Chaos zuletzt unrettbar einer brutalen Willkür- oder Gewaltherrschaft anheimfallen würden.

Die formelle Basis unsres gegenwärtigen parlamentarischen Lebens ist das gleichmäßige allgemeine Stimm- oder Wahlrecht, die sogenannte breiteste demokratische Grundlage, welche noch von dem Jahre 1848 her sich zu uns fortgepflanzt hat. Eine Staatsverfassung auf dieser Basis würde im Altertum eine Ochlokratie genannt worden sein, eine Lebensform, die dort rechtlich eigentlich nie bestanden hat und die namentlich von Aristoteles geradezu für die schlechteste aller denkbaren Staatsverfassungen erklärt wird. Aber auch der Ausdruck der Demokratie hat bei uns eine an sich falsche oder seinem wahren Sinn und Wesen fremde Bedeutung angenommen. Im Altertum unterschied man bestimmt die beiden Begriffe der Demokratie und der Ochlokratie, während wir jetzt dasjenige eine Demokratie zu nennen pflegen, was dort richtiger Ochlokratie genannt worden wäre. Es war ein durchaus mißverstandenes Ideal einer antiken demokratischen Republik, was man am Ende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich zu kopiren versuchte. Wer in Rom oder in Athen die allgemeine politische Gleichberechtigung aller Menschen hätte proklamiren wollen, wäre dort einfach ins Narrenhaus gesteckt worden. Die antiken Staatsverfassungen waren ihrem allgemeinen Typus nach den Städteverfassungen des Mittelalters oder der neuern Zeit analog. Überall standen die patrizischen Geschlechter und die Zünfte oder Abteilungen der Bürgerschaft einander gegenüber. Unser politischer Begriff Volk als die Gesamtheit aller erwachsenen männlichen Köpfe ist etwas ganz andres als der *δημος* in Athen oder die plebs in Rom, Bezeichnungen, welche wesentlich unserm speziellern Begriffe einer städtischen Bürgerschaft entsprechen. Die Staatsverfassungen des Altertums waren im allgemeinen wohlersonnene und den praktischen Verhältnissen angepasste politische Kunstwerke, in denen jeder Klasse der Bevölkerung ein bestimmter Anteil am öffentlichen Leben zugestanden wurde, während wir in der rohen und brutalen Formel des uneingeschränkten Selbstbestimmungs-

rechts der Massen den allein wahren Schlüssel aller politischen Weisheit und Gerechtigkeit aufgefunden zu haben glauben.

Die allein richtige Lehrmeisterin über den wahren Wert aller politischen Theorien ist zuletzt die Geschichte. Wir greifen zu einer Theorie in der Regel erst dann, wenn uns der Boden der praktischen Wirklichkeit unter den Füßen verschwindet oder wenn uns die Natur gleichsam ihren Dienst zu den gebotenen Zwecken des Lebens versagt. In der französischen Revolution konstruirte man den Staat nach einer abstrakten Theorie, nachdem man den wirklichen Staat als faul und unbrauchbar zur Thüre hinausgeworfen hatte. In Rom im Altertum und in England in der neuern Zeit hat sich das Staatsleben von selbst und organisch oder ohne wesentliche Beihilfe allgemeiner Theorien weiter entwickelt. Anders in Frankreich, welches damals mit seiner ganzen früheren Geschichte brach und daher den Staat ganz von frischem nach allgemeinen Theorien und Grundsätzen aufzubauen versuchte. Wir in Deutschland haben wohl diese allgemeinen Theorien Frankreichs nachgeahmt und auf unsern Boden übertragen, aber doch immer nur schüchtern und mit halbem oder unvollkommenem Erfolg. Deutschland hat nie so vollständig mit seiner ganzen früheren Geschichte und Vergangenheit gebrochen wie Frankreich. Der Grund hiervon war der, daß die Monarchie oder die einheitliche politische Centralgewalt bei uns ihre Aufgabe von Anfang an tiefer, wahrhafter und vollkommener aufgefaßt hat als dort. Freilich im dreißigjährigen Kriege war uns die politische Einheit dem Wesen oder der Hauptsache nach verloren gegangen. Aber in den einzelnen Gebieten und namentlich in den größeren Staaten hatte sich von da an die Monarchie im allgemeinen ihrer Aufgabe der politischen Konsolidirung des gesellschaftlichen Lebens und der Beförderung des Volkswohles durch Beseitigung des Druckes der feudalen Privilegien mit Eifer und Hingebung unterzogen. Man kann sagen, daß die Monarchie in Deutschland eine echt demokratische und darum auch wahrhaft volkstümliche Einrichtung geworden ist. Das wahre Interesse der Monarchie und des Volkes im weiteren Sinne ist eines und dasselbe, nämlich das an einer wohlgeordneten, einheitlichen und starken Regierung und Verwaltung des Staates. In Frankreich dagegen hatte sich die Monarchie identifizirt nicht mit den Interessen des Volkes, sondern mit denen der höhern privilegirten Stände oder der Aristokratie. Sie sank daher mit diesen zusammen in den Abgrund des revolutionären Kraters hinab. Der ganze Kampf mit den Einrichtungen und Traditionen des Mittelalters ist in Deutschland wesentlich von oben herab oder durch die Monarchie eingeleitet und geführt worden. Etwas Ähnliches ist fast in keinem neueren europäischen Lande geschehen. Wir sehen überall die Monarchie entweder überhaupt ent wurzelt oder wie in England zu einem bloßen romantischen Schattenbilde ihrer eigentlichen Bedeutung zusammengeschwunden. Diese bei uns erwachsene Institution muß durchaus anerkannt und in ihrem Wesen richtig aufzufassen und zu verstehen versucht werden. Unser

gegenwärtiges politisches System ist ein aus monarchischen und republikanischen Elementen nach französischer Art gemischtes. Der wahre Wert einer politischen Institution aber mißt sich darnach, was dieselbe leistet oder ihrer Natur nach zu leisten fähig ist. Auf die Leistungen und den Wert unserer jetzigen Monarchie oder des deutschen Kaisertums hinzuweisen, ist wohl überflüssig. Es wiederholen sich aber jetzt leider vielfach ähnliche Erscheinungen im Leben der Nation, wie sie schon früher, allerdings in roherer Form, in den Zeiten der älteren Monarchie oder des durch Oesterreich vertretenen Kaisertums dagewesen sind.

Der Deutsche hat bestimmte Erbfehler, die er auch jetzt in der neuen Ara seines Reiches noch nicht abgelegt hat und die ebenso wie damals etwas Bedrohliches für die allgemeine Machtstellung und das Wohlergehen des Vaterlandes in sich enthalten. Oder ist etwa das Schauspiel des jetzigen Reichstags ein so sehr verschiedenes von dem des früheren Reichstags der deutschen Nation in Regensburg? Alle noch so berechtigten Intentionen des Kaisertums zur Stärkung und Befestigung der Machtstellung des Ganzen nach außen scheiterten damals an der Uneinigkeit, dem Mangel an Verständnis und dem kleinlichen Eigensinn und Dünkel der Stände des Reichs. Man hat sich späterhin sehr mit Unrecht daran gewöhnt, die Schuld von dem ganzen damaligen Unglück und Rückgang der Nation allein Oesterreich oder dem Kaisertum zuzuschreiben. Wir selbst oder das Reich und die Nation trugen wesentlich immer die Hauptschuld daran. Alle die langen und schweren Kriege, welche Oesterreich in dieser Zeit hauptsächlich aus eigener Macht mit Frankreich und den Türken geführt hat, sind eigentlich Reichskriege gewesen. Die Stände des Reiches aber waren hierbei in ihrer Mehrzahl durchaus inaktiv und schielten sogar oft liebäugelnd nach Frankreich hinüber. Es ist vorgekommen, daß sich ein kaiserlicher General den Eintritt in die freie Reichsstadt Aachen hat mit Kanonenschüssen erzwingen müssen. Was man damals in Deutschland die Freiheit nannte, bedeutete ebenso wie in Polen die Anarchie und die Abwesenheit jeder kräftigen monarchischen Autorität über dem Partikularismus und der eigennütigen Beschränktheit der Stände des Reiches. Das thörichte Schimpfen auf Oesterreich, daß es Hauspolitik getrieben habe, ist ebenso durchaus ohne Grund; denn es blieb für Oesterreich wie auch für Preußen nichts anderes übrig als Hauspolitik zu treiben, und es war dies auch das einzig richtige Mittel für die beiden Großstaaten, um durch die innere Befestigung und Stärkung ihrer Macht zuletzt auch für das Ganze etwas thun zu können.

Die Verhältnisse sind jetzt andre geworden als damals, aber der mißverständene Begriff der Freiheit und der partikularen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Parteien ist derselbe geblieben. Es war aus einer Reihe von Gründen eine Unmöglichkeit, daß das frühere deutsche Reich durch Oesterreich zu einem politischen Ganzen verbunden werden konnte. Die Durchführung des monarchisch-politischen Einheitsgedankens aber in den beiden durch die jetzige

Zweiteilung gebildeten Staatskörpern ist eine Notwendigkeit. Auch dort aber, in Oesterreich, ist die Anarchie der Meinungen und der Parteien in andrer Gestalt eine gleich große wie bei uns. Beide Reichskörper sind auch jetzt noch in ihrem Schicksale unauflöslich aneinander gebunden, und die Frage nach der Stellung und Bedeutung der Monarchie ist in beiden die entscheidende für das Wohl und die Zukunft des Ganzen.

Die Worte Absolutismus und Zentralisation rufen bei vielen unter uns leicht einen Schrecken hervor, weil uns hierbei immer das Bild der alles Besondere in sich auffaugenden politischen Uniformität Frankreichs vor der Seele steht. Von wahrer Freiheit ist dort allerdings eigentlich niemals die Rede gewesen. Wir aber fürchten nur immer zu sehr an unsrer Freiheit, Partikularität und Gemütlichkeit Schaden zu leiden, wenn wir uns irgend einer höhern Macht und Autorität unterordnen sollen. Dieses ganze Element des Individuellen und Partikularen kann aber auch übertrieben und falsch aufgefaßt werden. Eine Unterordnung ist notwendig, wenn es sich um die Verfolgung großer praktischer Ziele und Interessen namentlich in einer unsicheren und gefahrdrohenden Lage handelt. Alle bloß akademischen Streitigkeiten müssen dann zurücktreten und schweigen vor dem Ernste und der Not der praktischen Lage des Augenblicks. Unsre Lage aber ist gegenwärtig von der Art, daß sie wenigstens in jedem Augenblick eine gefahrdrohende werden kann. Dieser Umstand wird von den jetzigen Parteien ebenso oft vergessen als dies früher von den Ständen des alten Reiches geschah. Alle uns bedrohenden Gefahren aber sind teils äußere, teils innere. Ein vollkommenes Gefühl der Sicherheit werden wir erst dann haben, wenn wir uns im Besitz der Mittel wissen, um allen äußeren und inneren Krisen mit Ruhe entgengetreten zu können. Dies kann nur durch eine Stärkung der monarchischen Einheitsgewalt oder des Kaisertums geschehen.

Unseren Parteien fehlt durchaus der praktische Sinn und die Hingebung wie das Verständnis für die großen Ziele und Aufgaben der Politik. Es handelt sich aber doch noch um ganz andre Dinge als darum, welches das Zifferverhältnis der einzelnen Parteien im Reichstage sei. Was jetzt z. B. in Dalmatien geschieht, hat eine größere Wichtigkeit für unsre allgemeine Politik als die bloß akademischen und ziellosen Zänkereien der Parteien im Reichstage. Die ganzen Interessen und Fragen Oesterreichs aber sind zugleich auch die unsrigen. Dort haben die Parteien nicht wie bei uns einen bloß akademischen, sondern auch einen durchaus realen oder praktischen Inhalt und Charakter, d. h. einen solchen, der nicht bloß in allgemeinen politischen Begriffen, sondern auch in den tatsächlichen Unterschieden der Nationalität, Sprache und Bildung beruht.

Wie das Dogma von der politischen Gleichberechtigung aller Menschen, so ist auch dasjenige von derselben Gleichberechtigung aller Völker und nationalen Fragmente eine praktische Unmöglichkeit oder ein Unsinn. Jeder einzelne Mensch hat so wie jedes einzelne Volk nach seiner erworbenen Bildung und seiner

sonstigen sozialen Stellung einen anderen niederen oder höheren Wert und Inhalt. Die gegenwärtige politische Form dieser beiden großen Staatskörper ist an sich genommen eine durchaus monströse und entbehrt jedes geordneten und lebendigen Einheitsgedankens. Wir können weder in Frankreich noch in England jetzt irgendwie einen nachahmenswerten politischen Musterstaat erblicken wollen. Alle von dorthier entlehnten Anschauungen und Theorien sind absolut falsch und unzureichend in ihrer Anwendung auf unsre jetzigen deutschen und österreichischen Verhältnisse. So wie das deutsche Reich und auch Oesterreich seit seiner Abtrennung von Deutschland eigentlich neu entstandene Staatskörper sind, so wird auch die wahre politische Form von beiden nur eine neue und eigentümliche und ihren besonderen Verhältnissen entsprechende sein können. Diese Form aber ist zur Zeit noch nicht da, sondern muß erst allmählich zu finden und aufzurichten versucht werden. Die breiteste demokratische Basis des Reichstags und die einheitliche Spitze oder Gewalt des Kaisertums sind an sich nur zwei Elemente von durchaus entgegengesetzter Natur, zwischen denen jede Vermittlung oder jeder geordnete organische Übergang fehlt. Es ist dieses gleichsam ein Haus mit einer Grundlage und einem Dach, aber ohne dazwischenliegende Stockwerke. Der Apparat der Landtage, namentlich des preußischen Landtags, der sich in dem, was er vertritt, zu zwei Dritteln mit dem Reichstage deckt, ist ebenso wie das dualistische System in Oesterreich nur eine weitere Komplikation und Verwicklung der politischen Maschinerie. Daß dies Gebäude sind, die auf keinem einheitlichen architektonischen Grundgedanken beruhen, ist klar. Die ganz flache und äußerlich mechanische Anschauung der Franzosen, daß die bloße Masse oder der Inbegriff der Köpfe das Volk oder die Nation selbst sei, welche die Berechtigung und die Befähigung habe, über ihre Geschicke zu entscheiden, ist der Grundirrtum unseres gegenwärtigen politischen Systems. Der ganze Lebensorganismus einer Nation besteht außer den bloßen Köpfen auch in einem reichen Komplexen erworbenener und historisch festgestellter geistiger und materieller Güter und Werte. Der wahre Ausdruck des Begriffes einer Nation kann nur das System ihrer mannichfachen Klassen, Ordnungen und Stände, nicht aber die bloße Gesamtheit ihrer realen Atome oder persönlichen Einzelindividuen sein. Die Monarchie aber ist an sich die Vertreterin dieses ganzen Gedankens einer organischen Gliederung oder Abstufung des gesellschaftlichen Lebens einer Nation.

Der unschätzbare Wert der Monarchie für alle Gesundheit und Festigkeit im gesellschaftlichen Leben ist zunächst der, daß die höchste Stelle im Staate ein für allemal besetzt ist, so wie auch ein wohlgeordnetes Beamtentum und namentlich ein großes Heer wie das deutsche oder das österreichische ohne ein monarchisches Oberhaupt gar nicht wohl gedacht werden kann. Es liegt in dem ganzen Institut der Monarchie etwas Menschliches und Versöhnendes gegenüber dem bloßen trocknen und abstrakten Staatsgedanken enthalten. Die

antifiksirenden Vorstellungen und Theorien vom Staate, wie sie namentlich in Frankreich ausgebildet worden sind, gehen von durchaus anderen Grundlagen und Voraussetzungen aus, als sie die für unser Staatsleben und seine Bedürfnisse einmal bestehenden und wahrhaft entscheidenden sind. In allem Fortgange der Geschichte aber können im allgemeinen zwei Arten von gesellschaftlichen Zuständen unterschieden werden, organische und unorganische, solche, in denen eine bestimmte Gliederung des Ganzen in einzelne rechtlich geschiedene Abteilungen oder Stände besteht, und solche, die auf dem Grundsätze der unterschiedlosen rechtlichen und politischen Gleichberechtigung der einzelnen Individuen beruhen. In der Geschichte treten überall zu Anfang gewisse Zustände der ersteren Art hervor, die aber dann einer allmählich fortschreitenden Auflösung, Zersetzung oder Dekomposition unterliegen, wenn nicht etwa wie in Ägypten die einzelnen Stände sich in kastenartiger Erstarrung vollkommen gegeneinander isolirt und begrenzt haben. Auch wir sind gegenwärtig nach Auflösung der früheren Ordnungen und Schranken des Mittelalters in einen solchen unorganischen Zustand des gesellschaftlichen Lebens übergegangen. Die Gefahren, welche ein solcher Zustand in sich trägt, sind in Verhältnissen wie in Amerika freilich nicht von unmittelbar bedrohlicher Art. In einem alten und räumlich eingengten Gesellschaftskörper aber wie der unsrige treten diese Gefahren in einer mehr dringenden und akuten Weise hervor als dort.

Es kann sich hier nicht etwa darum handeln, in die engen sozialen Einrichtungen und Schranken des Mittelalters zurücklenken zu wollen. Auch unter uns giebt es ja politische Romantiker wie in den Zeiten des alten Rom, welche in dem unmöglichen und überschrittenen Ideal einer frühern Vergangenheit leben. Weder die Idealisten des Vorwärts noch die des Zurück sind eine eigentlich wahre und lebenskräftige Partei in unsrer Mitte. Aber auch das ganze auf den allgemeinen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit beruhende Gesellschaftsideal des neueren Liberalismus kann noch nicht als die Basis einer wahren und gesunden Ordnung des Staatslebens angesehen werden. Man steht noch viel zu sehr unter dem Einflusse dieser unwahren und praktisch unhaltbar gewordenen Lehren und Theorien. Das mißverstandene Ideal einer abstrakten Humanität hat uns vielfach den Unterschied des realen Wertes und der praktischen Berechtigung zwischen den Individuen und den Gesellschaftsklassen übersehen lassen. Der Gedanke einer organischen Gliederung der Gesellschaft wird wiederum anerkannt und in einer den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Weise einzuführen versucht werden müssen. Die Monarchie aber ist der natürliche Ausdruck dieses organisatorischen Gedankens einer geordneten Gliederung im Leben der Gesellschaft. Es wird jetzt auch wesentlich nur von ihr die Initiative zu allen allgemeinen Fortschritten und Verbesserungen im sozialen Leben ausgehen können. Es ist nicht genug, daß wir überhaupt wieder eine allgemein deutsche Monarchie oder ein Kaisertum haben, sondern wir müssen

uns auch den alten Fehler der ewig negirenden und nörgelnden Streitsucht und Oppositionsmacherei abgewöhnen, wenn dieses neue Institut wahrhaft gedeihen und zukunftskräftige Wurzeln im Leben der Nation schlagen soll.



Die Jakobiner im Lichte der Wahrheit.

1.



ines der bedeutendsten Werke über Gegenstände der neueren Geschichte, welche in den letzten Jahren erschienen sind, ist H. Taines Buch *Les Origines de la France contemporaine* (Paris, Hachette.) Gründliche Kenntniß des Details, zum großen Teil aus noch unbenutzten Quellen geschöpft, ehrenhafte Gesinnung, die ihre Urteile nur durch Thatfachen bestimmen und sich niemals durch eine Doktrin oder eine Modephrase beeinflussen läßt, sondern immer die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu finden und zu sagen bemüht ist, tiefe Blicke in das Wesen der Zustände, Ereignisse und Persönlichkeiten, die uns geschildert werden, eine geistvolle, lebendige, reiche und klare Sprache und eine höchst anschauliche Darstellung zeichnen es, wie wir schon bei Besprechung der ersten beiden Bände zu rühmen hatten, in gleich vorteilhafter Weise aus. Schon vor Taine haben deutsche Historiker von ähnlichem Charakter die Legende, zu der die Geschichte der ersten französischen Revolution geworden war, teilweise enthüllt, Taines Arbeit streift ihr den letzten Rest des Rimbus, der ihr geblieben, gänzlich unbekümmert um das Verdikt der „öffentlichen Meinung,“ von Haupt und Schultern. Im zweiten Bande entrollte er uns das erschreckende Bild der Anarchie, welche dem im ersten geschilderten Zusammenbruche des Ancien Regime folgte, im dritten, der vor kurzem die Presse verlassen hat, erzählt er uns die Geschichte der Jakobiner vom Ursprunge der Partei bis zu deren Sturze. Teils der Bereicherung wegen, die unser Wissen durch ihn erfährt, teils weil Anfänge zu ähnlichen Erscheinungen, wie die von ihm betrachteten, auch bei uns sich entwickelt haben, ähnliche Charaktere in unserm politischen Leben, unsern Parteien und Parlamenten eine Rolle spielen, und ein ähnliches Hinübergleiten nach links und dann tiefer und immer tiefer bis in den blutigen Sumpf der Pöbelherrschaft zu befürchten stünde, wenn der rocher de bronze der Monarchie durch das Wählen der steigenden Flut von Gelübten nach Parlamentsregierung unterwaschen und erschütterte würde, als Aufklärung und Warnung also, geben wir in folgendem einige von den Ergebnissen der Tainischen Untersuchungen.

Wo die Gesellschaft unter einer schwachen Regierung sich auflöst, herrscht die Partei, welche den Volkseidenschaften schmeichelt, um sie sich dienstbar zu machen, und in demselben Maße, in welchem jene erlahmt und sich zersetzt, erstarkt und organisiert sich diese, bis sie endlich, ihrerseits die gesetzliche Regierung geworden, den Platz der ersteren einnimmt. Das ist in kurzem die Moral, welche die Geschichte der Jakobiner lehrt. Der junge Freiheitsbaum, der 1789 gepflanzt